



*Liebe Leserinnen und Leser,*

*die aktuelle Legislaturperiode der NRW-Koalition in Düsseldorf hat nach zweieinhalb Jahren ihre Halbzeit erreicht – Anlass, eine positive Zwischenbilanz zu ziehen. Die Arbeit verläuft reibungslos. Bei den Themen Innere Sicherheit, Finanzen, Förderung des Ländlichen Raumes, frühkindliche Bildung, Schule und Investitionen in die Infrastruktur wurden deutliche Akzente gesetzt.*

*Doch nicht nur in Düsseldorf, sondern auch im Kreis Wesel konnte viel bewegt werden. Das Land NRW unterstützt die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 mit 12,8 Milliarden Euro. Das ist Rekord. 294 Millionen Euro fließen zusätzlich gezielt in die Förderung des Ländlichen Raumes. Davon profitiert auch der Kreis Wesel sehr deutlich.*

*In dieser Woche werden wir in Düsseldorf den Haushalt 2020 beraten. Trotz umfangreicher Investitionen werden wir ohne Schulden auskommen. NRW hat die letzten Plätze, auf denen es nach Jahren des rot-grünen Regierens gestanden hat, längst verlassen.*

*Pünktlich zur Halbzeitbilanz bin ich mit einer neuen Homepage an den Start gegangen. Sie ist unter [www.charlotte-quik.de](http://www.charlotte-quik.de) zu erreichen.*

*Auf der Homepage befasst sich auch ein kurzer Film mit der Halbzeitbilanz, der unter folgendem Link <http://charlotte-quik.de/medien> zu erreichen ist. Schauen Sie, schaut Ihr doch mal rein.*

*Ebenfalls neu ist mein Facebook – und Instagram-Auftritt in den Sozialen Medien. Ich bin gehackt worden. Die neuen Seiten sind jetzt noch bedeutend sicherer gegen Angriffe geschützt. Besonders gefreut hat mich, dass dieser Neustart sehr gut gelungen ist und ich in kurzer Zeit wieder viele Kontakte knüpfen konnte.*

*Nun wünsche ich viel Kurzweil bei der Lektüre und eine wunderschöne Vorweihnachtszeit.*

*Ihre und Eure Charlotte Quik*



## Positive Halbzeitbilanz in Düsseldorf und im Kreis Wesel Wunsch: Mehr Kompromissbereitschaft anstelle von Dagegenkultur

Die aktuelle Legislaturperiode der NRW-Koalition in Düsseldorf hat nach zweieinhalb Jahren ihre Halbzeit erreicht – Anlass eine positive Zwischenbilanz zu ziehen, die zentralen Themenfelder in Düsseldorf zu beschreiben und auf konkrete Ergebnisse für Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Voerde und Wesel sowie den gesamten Kreis Wesel zu verweisen:

### Zur Landespolitik in Düsseldorf:

Die Arbeit in der NRW-Koalition verläuft sehr gut. Bei wichtigen Themen wie Innere Sicherheit, Finanzen, Förderung des Ländlichen Raumes, frühkindliche Bildung, Schule und Investitionen in die Infrastruktur wurden deutliche Akzente gesetzt. Die Kriminalitätsrate geht zurück. Es wurde ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Unser Innenminister Herbert Reul geht konsequent gegen die vor, die sich nicht an Recht und Gesetz halten: Stichwort Null-Toleranz-Strategie. In die Polizei haben wir massiv investiert.

NRW kommt trotz umfangreicher Investitionen ohne neuen Schulden aus. Erstmals seit 45 Jahren wurde 2018 ein Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt und über eine halbe Milliarde an Schulden getilgt.

Eine unabhängige Ratingagentur hat die Bonität von NRW nach langer Zeit wieder nach oben gestuft.

Unser Konzept gegen Rekordstau sind Rekord-



divestitionen. Hier wird es allerdings noch eine Weile dauern, bis sich diese Maßnahmen konkret auswirken.

Wir sind wieder bei einem Abitur nach neun Jahren. Der Übergang hat erfolgreich funktioniert. Darüber hinaus hat eine Landesregierung noch nie so viel in Bildung investiert wie die von der NRW-Koalition getragene. 2019 gibt es einen Rekordbildungsetat mit 18,8

Milliarden Euro. Zusätzlich werden den Kitas ab dem kommenden Jahr 1,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt. Landesregierung und NRW-Koalition arbeiten am viele Jahre nicht in Angriff genommenen Kinderbildungsgesetz.

Das Land NRW unterstützt die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 mit 12,8 Milliarden Euro. Das ist Rekord. 294





Millionen Euro fließen zusätzlich gezielt in die Förderung des Ländlichen Raumes. Mit der Einführung der Landarztquote wurde das Problem Ärztemangel angegangen. NRW hat seine Klimaziele übererfüllt. Es wurden statt geplanter 25 Prozent bis 2020 bereits 28 Prozent CO2 eingespart. Die Haushaltsmittel für den Klimaschutz wurden seit 2017 verfünffacht und betragen 128,3 Millionen Euro. 100 Millionen Euro werden in den nächsten 10 Jahren in die Aufforstung der NRW-Wälder investiert.

Nordrhein-Westfalen verlässt die letzten Plätze und wird wieder zum Aufsteigerland. NRW kommt voran!



### Zum Wahlkreis Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Voerde und Wesel und zum Kreis Wesel:

Die Wahlkreiskommunen und auch der Kreis Wesel profitieren massiv vom Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Hamminkeln erhielt 2017 unter der Vorgängerregierung 4,7 Millionen Euro, 2019 7,2 Millionen, 2020 werden es sogar 9,3 Millionen Euro sein. Hünxe bekam 2019 mit 3,5 Millionen Euro rund zwei Millionen mehr als 2017. 2020 werden es 4,2 Millionen Euro sein. Nach Schermbeck flossen 2017 3,9 Millionen Euro, 2019 sind es 5,8 Millionen. Voerde hat 2017 aus dem GFG 1,1 Millionen Euro erhalten, 2019 sind es 22,7 Millionen. Wesel erhält mit 36,3 Millionen Euro 2019 über drei Millionen Euro mehr als bei Regierungsübernahme. Auch der Kreis Wesel profitiert massiv. Die Zuweisungen betragen 2017 204,5 Millionen, 2019 sind es 236 Millionen.



Die NRW-Koalition und die Landesregierung stärken die Kommunen im ländlichen Raum.

Die Landesförderung beschränkt sich dabei nicht nur auf das Gemeindefinanzierungsgesetz. Zahlreiche Fördermaßnahmen, für die ich in Düsseldorf geworben habe, machten

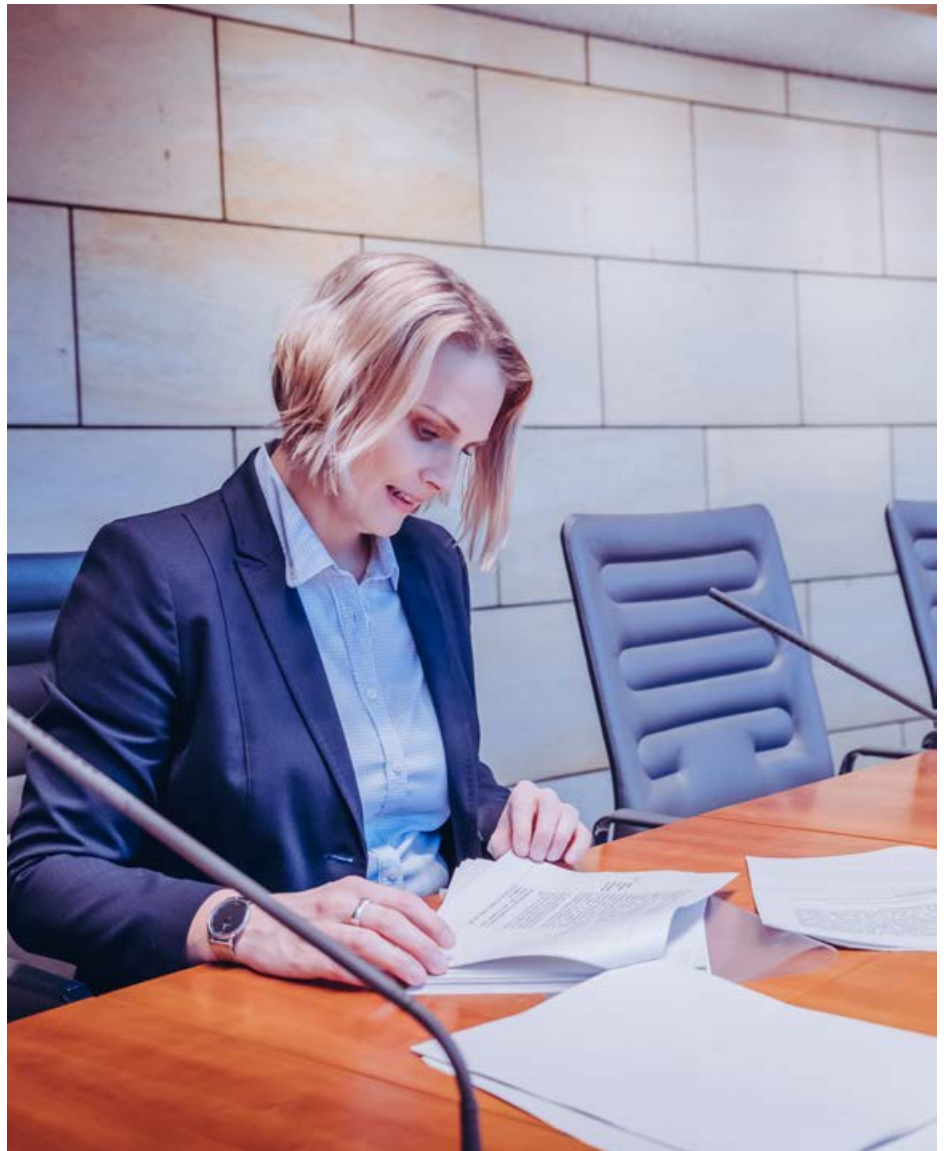
die Realisierung von Projekten im Wahlkreis möglich, wie zu Beispiel die Dorferneuerung in Hamminkeln in Brünen und Loikum mit jeweils 200.000 Euro, die komplette Sanierung der L462 zwischen Hünxe und Gahlen für 700.000 Euro, die Städtebauförderung in



Schermbeck mit 900.000 Euro, den Ausbau des Sport- und Quartierzentrums Rönkenstraße des TV Voerde für über eine Million Euro und die Dorferneuerungen in Wesel in Büderich und Ginderich für jeweils 250.000 Euro – um nur einige exemplarisch zu nennen. Viele Bürger in unserer Heimat nutzen auch das Heimatförderprogramm. Zahlreiche ‚Heimatschecks‘ gingen in den Kreis Wesel und den Wahlkreis. Mit dem zuständigen Staatssekretär habe ich dazu in Büderich eine sehr erfolgreiche Info-Veranstaltung in diesem Jahr abgehalten.

Besonders gefreut habe ich mich über drei Projekte, die seit Jahren nicht in Angriff genommen wurden und nun realisiert werden: die Südumgehung Wesel, die Kanalbrücke in Hünxe und der Radweg in Schermbeck zwischen Gahlen und Kirchhellen. Darüber hinaus habe ich mich persönlich bei unserer Umweltministerin Ursula Heinen-Esser dafür stark gemacht, dass der illegal eingelagerte Giftmüll in der Deponie in Gahlen und die möglichen Folgen nun durch ein drittes Gutachten untersucht werden. Im Rahmen der Neujustierung der Kiesgewinnung am Niederrhein konnte mit einer Abgrabungskonferenz erstmals ein Dialogformat gefunden werden. Intensiv unterstütze ich auch die Suche nach Lösungen für die Nachfolgenutzung des Steag-Kraftwerkgeländes in Voerde und halte in Düsseldorf insbesondere mit Wirtschaftsminister Pinkwart diesbezüglich engen Kontakt.

Mit 21 Millionen für die Schuldigitalisierung, rund 20 Millionen Euro für die Kitas und 17 Millionen für die öffentliche Wohnraumförderung erhält der Kreis Wesel und damit unsere Heimat im



NRW-Vergleich 2019 eine sehr beachtliche Landesförderung, für die ich mich jeden Tag einsetze.

Nach zweieinhalb Jahren im Mandat und im Einsatz für unsere Heimat macht mir die Arbeit nach wie vor großen Spaß. Mit der Zusammenarbeit vor Ort bin ich sehr zufrieden. Was ich schade finde, ist die zunehmend we-

niger wahrnehmbare Kompromissbereitschaft bei strittigen Themen und eine oft vorherrschende ‚Dagegenkultur‘. Ohne Kompromisse geht es nicht! Meine Politik steht für sachliche Debatten und die Suche nach breit getragenen Kompromissen, um für unsere Heimat die bestmöglichen Lösungen zu finden.



## AUS LANDTAG & LANDESREGIERUNG

### Wir unterstützen unsere starke heimische Landwirtschaft

Im Rahmen der jüngsten Plenarwoche ging es im Landtag Nordrhein-Westfalen um die Landwirtschaft. Der gemeinsame Antrag von CDU und FDP beinhaltet Forderungen für gute Rahmenbedingungen für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen. Landwirte versorgen uns mit Lebensmitteln, sie schaffen Arbeitsplätze und sind aktiv in Umwelt-, Tier- und Naturschutz. Sie übernehmen damit wichtige Aufgaben und haben unsere volle Anerkennung. Nun wachsen die Herausforderungen sowohl für konventionelle Betriebe, als auch für Biohöfe. Aus Werkstattgesprächen in der Fraktion, Gesprächen mit Landwirten überall im Land und aus Diskussionen, wie zuletzt vor dem Landtag, haben wir unsere Schlüsse gezogen.

Wir wollen unter anderem die Förderungen der EU im bewährten Umfang fortführen und zusätzlich verbesserte Anreize für Umweltmaßnahmen einführen. Wir brauchen den Bürokratieabbau in der Landwirtschaft, zum Beispiel beim tiergerechten Umbau von Ställen. Es ist wichtig, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und faktenbasierte Rahmenbedingungen für den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln umzusetzen. Sie müssen den Umweltschutz sicherstellen und gleichzeitig den Landwirten, auch in belasteten Gebieten, eine bedarfsgerechte Düngung ermöglichen.



*Charlotte Quik auf ihrer Sommertour-Station bei der Familie ten Huf in Drevenack.*

Nur eine gesunde Landwirtschaft, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen immer hatten, kann modern, nachhaltig und wirtschaftlich erfolgreich

sein. Deswegen werden wir weiterhin sachlich mit den Bauern sprechen und lösungsorientierte praktische Politik machen.

## Klimaschutz: Die Zukunft gehört nicht den Verhinderern, sie gehört den Erfindern!

Nordrhein-Westfalen hat die Klimaschutzziele des Jahres 2020 bereits jetzt übertroffen. Damit nimmt das Land eine bundesweite Vorreiter-Rolle bei der Einsparung von CO<sub>2</sub> ein. CDU und FDP hatten im Rahmen der jüngsten Plenarwoche eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt.

Verbote, Populismus und Symbolpolitik, die alles verteufeln, was CO<sub>2</sub> ausstößt, sind der falsche Weg. Die Zukunft gehört nicht den Verhinderern, sie gehört den Erfindern! Nicht gegen, sondern nur mit einem florierenden Mittelstand und einer starken Industrie entstehen technische Innovationen, die die Welt jetzt braucht: Erfindungen für CO<sub>2</sub>-

Effizienz und den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen unserer Erde. Die Energiewende kann nur aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus gelingen!

CDU und FDP geben fünfmal so viel Geld für Klimaschutz aus wie Rot-Grün. Das zeigt: Wir meinen es ernst mit der Energiewende! CO<sub>2</sub> in der Industrie mit technischen Lösungen zu vermeiden – das ist konkreter Klimaschutz der NRW-Koalition und ein starkes Bekenntnis zum Standort NRW, dem Industrie- und Energieland Nr. 1. Das stärkt Firmen und Arbeitsplätze und das Klima weltweit. Das ist Klimaschutz made in NRW!



## Verantwortung für den Schutz unserer Kinder gerecht werden

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat ebenfalls im Rahmen der jüngsten Plenarwoche über einen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SPD und Grünen abgestimmt, eine Kinderschutzkommission einzusetzen. Nach dem Vorbild des Deutschen Bundestags soll es auch in Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Unterausschuss geben.

Kinder haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie ach-

ten und sichern ihre Rechte – so steht es in der Verfassung unseres Landes. Wir als Landtag haben die Möglichkeit, für weitere Verbesserungen im Schutz von Kindern zu sorgen.

Die NRW-Koalition ist sehr froh, dass sich in der neuen Kommission damit beschäftigt wird, wie Verstöße gegen Kinderrechte rechtzeitig auffallen oder im besten Fall verhindert werden können. Ein enger Austausch mit Verbänden, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen, ist von besonderer Bedeutung und kann helfen, Systemlücken zu schließen. Die ‚Kinderschutzkommission‘ wird mit den nötigen Befugnissen ausgestattet

sein, wie der Vergabe von Gutachten, Einholung von wissenschaftlicher Expertise durch Fachleute sowie Durchführung von Anhörungen. Sie soll zudem dem Parlament jährlich Bericht erstatten.

Jedes Kind, das Opfer von Gewalt oder Missbrauch wird, ist ein Kind zu viel! Dieser Unterausschuss soll eine feste Institution über die Legislaturperiode hinaus werden und es ist ein wichtiges Signal, dass sich neben der FDP auch SPD und Grüne diesem gemeinsamen Antrag angeschlossen haben. Beim Thema Kinderschutz müssen alle parteipolitischen Befindlichkeiten zurückstehen.



## Olympia 2032 soll an Rhein und Ruhr stattfinden

In einem gemeinsamen Antrag sprachen sich die demokratischen Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen für eine Bewerbung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2032 aus. Durch eine Änderung im Bewerbungsverfahren beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) können sich nun auch Regionen und nicht nur Städte bewerben. So ist es Nordrhein-Westfalen möglich, mit der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ und somit mit 14 Städten aus dem Rhein-Ruhr-Raum an den Start zu gehen. Die Landesregierung wird sich für eine positive Bewerbungsentscheidung in Berlin einsetzen.

Die Olympischen Spiele 2032 in unserem Bundesland sollen Spiele von Menschen für Menschen sein. Daher ist die Unterstützung und Akzeptanz der Bevölkerung wichtig. Den breiten Dialog der Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ soll daher mit geeigneten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung fortgeführt werden.

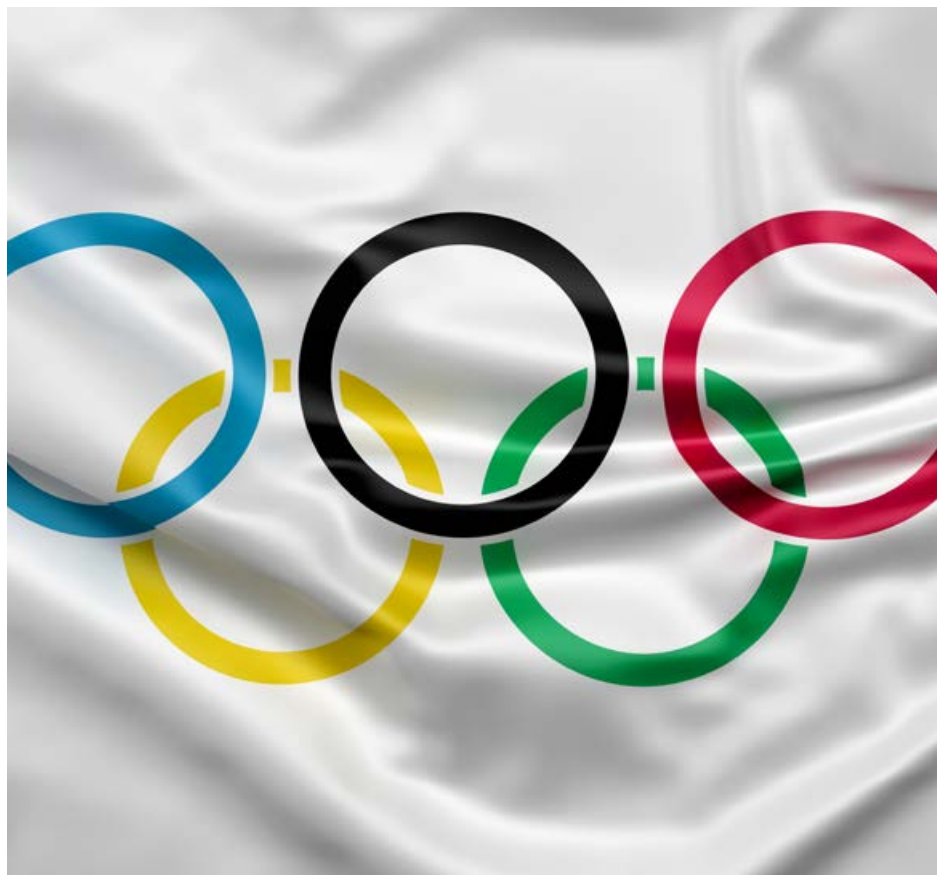
Olympia wird Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen. Die Sportvereine werden als Botschafter von Teamgeist, Leistungsbereitschaft, Fairness, gelebter Inklusion und interkultureller Verständigung eine Förderung des Nachwuchsbereiches erfahren. Durch das nachhaltige Konzept von „Rhein Ruhr City 2032“ werden unsere Kommunen gestärkt: Investitionen in Infrastruktur und den ÖPNV, vernetzte Mobilität und Digitalisierung. Das olympische Dorf kann beispielsweise im Nachgang der Spiele zu

Wohnungen umgebaut werden, umso mehr Wohnraum in den Städten zu schaffen. Die Spiele in München 1972, Barcelona 1992 oder London 2012 haben es vorgemacht, wie Olympia gut und nachhaltig genutzt werden kann.

Die Bewerbung Nordrhein-Westfalens für Olympia ist ein Gegenentwurf zu dem vielfach teuren Gigantismus anderer Spiele. Viele Sportstätten sind bereits vorhanden und mit den bisherigen Sportgroßveranstaltungen bei uns haben wir bewiesen, dass es möglich ist: Handballweltmeisterschaft,

Ruhr Games, Baseball Europameisterschaft und viele mehr. Die Erweiterung bestehender Sportstätten oder auch neu errichteter sollen den Sportvereinen auch nach Olympia zur Verfügung stehen.

Nordrhein-Westfalen ist bereit für eine der größten Sportveranstaltungen weltweit. Die Sportbegeisterung der Bürgerinnen und Bürger sorgt für die perfekte Stimmung in den Sportstätten und bietet so den Athletinnen und Athleten die passende Unterstützung für ihre Wettkämpfe.



## Offensive für mehr Lehrkräfte: Landesregierung und Hochschulen schaffen 1.000 neue Studienplätze

Die Landesregierung und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vereinbaren eine gemeinsame Studienplatz-Offensive für die Lehrkräfte von morgen und schaffen im pädagogischen Bereich 1.000 zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Das hat das Landeskabinett bei seiner Sitzung (12. November 2019) beschlossen. In den vier Bereichen Grundschullehramt, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik können damit allein in den nächsten fünf Jahren bis zu 5.000 Studierende zusätzlich ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule beginnen. Der Ausbau der Studienplätze in der Pflegepädagogik erfolgt ab dem Wintersemester 2019/20, in den übrigen drei Bereichen ab dem Wintersemester 2020/21.

Mit dieser Entscheidung tragen die von der NRW-Koalition getragene Landesregierung und die Hochschulen dem dringenden Fachkräftebedarf in den vier Bereichen sowie der jüngsten Lehrkräftebedarfsprognose für Nordrhein-Westfalen Rechnung. Die notwendigen Mittel in Höhe von rund 115 Millionen Euro bis 2025, die für den dauerhaften Ausbau der zusätzlichen Studienplatzkapazitäten notwendig sind, werden gemeinsam vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft und den beteiligten Hochschulen bereitgestellt.



„Erstklassige Bildung und gute Studienmöglichkeiten sind zentrale Ziele der Landesregierung. Mit 1.000 zusätzlichen Studienplätzen leisten das Land und die Hochschulen einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Lehrkräftemangel, von der Grundschule und der Sonderpädagogik über die Kinderbetreuung bis hin zur Pflege. Ich danke den Hochschulen für die konstruktiven Gespräche und ihr großes Engagement. Diese Studienplatz-Offensive für mehr

Lehrkräfte ist nur im gemeinsamen Schulterschluss zwischen Hochschulen und Politik möglich“, sagt unsere Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Im Grundschullehramt werden dauerhaft 300 zusätzliche Bachelor-Studienplätze und später anwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze eingerichtet. Damit haben Land und Hochschulen seit Beginn der Legislaturperiode im Grundschullehramt insgesamt 700 neue Plätze geschaffen und





dauerhaft eingerichtet, eine Erhöhung um mehr als 38 Prozent.

Im Lehramt für sonderpädagogische Förderung (Lehrkräfte an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen) werden die Kapazitäten um weitere 500 Bachelorplätze und später aufwachsend die zugehörigen Masterstudienplätze erweitert. Bereits 2018 waren in der Sonderpädagogik 250 zusätzliche Plätze geschaffen bzw. gesichert worden. In der aktuellen Legislaturperiode werden somit 750 neue Studienplätze für Sonderpädagogik dauerhaft eingerichtet, ein Plus von fast 65 Prozent.

Im Bereich Pflegepädagogik (für die Ausbildung späterer Lehrkräfte an Pflegeschulen) werden 110 neue Masterstudienplätze und eine entsprechende Zahl von Bachelorplätzen eingerichtet, und damit die Kapazitäten mehr als verdoppelt. In der Sozialpädagogik (Lehrkräfte an Berufskollegs für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern) sollen mindestens 80 zusätzliche Bachelorstudienplätze sowie die zugehörigen Masterplätze geschaffen werden, eine Erhöhung um mehr als 200 Prozent.

„Die Universitäten und die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sehen es als ihre gesellschaftliche Pflicht an, dem Lehrkräftemangel in diesen wichtigen Bereichen wirksam zu begegnen. Zwar sind die Studierenden- und Auslastungszahlen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits jetzt auf Rekordniveau, doch geht es zugleich um eine so zentrale Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, so dass hier schnelle Entscheidungen gefragt sind. Dass diese nun so rasch und



umfassend getroffen wurden, resultiert nicht zuletzt aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium sowie der klaren Unterstützungszusage des Landes“, ordnen Prof. Lambert T. Koch, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, und Prof. Marcus Baumann, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, den Beschluss ein.

**Auch die weiteren an der Studienplatz-Offensive beteiligten Ministerien sehen in der Schaffung der zusätzlichen Studienplätze ein starkes Signal der Landesregierung:**

„Das Ministerium für Schule und Bildung setzt alles daran, den Lehrermangel wirksam zu bekämpfen. Mit der neuen Studienplatz-Offensive machen wir einen großen, entscheidenden Schritt voran. Wir werden damit die Lehrkräfteversorgung an unseren Schulen mittelfristig spürbar steigern. Zwei Maßnahmenpakete gegen den Lehrermangel haben wir bereits geschnürt, ein weiteres wird zurzeit erarbeitet. Damit schaffen wir eine weitere Voraussetzung für beste Bil-

dung“, so Schulministerin Yvonne Gebauer.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Für eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Pflegekräften müssen die Schul- und Ausbildungsplätze in der Pflege weiterhin stark ausgebaut werden. In der Folge entsteht ein erheblich erhöhter Lehrkräftebedarf an den Pflegeschulen. Wir brauchen deshalb dringend mehr Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik, und ich bin froh, dass Land und Hochschulen nun die Grundlagen geschaffen haben, um deutlich mehr Lehrkräfte für die Pflegeausbildung zu qualifizieren.“

„Ich freue mich, dass wir mit den Universitäten eine Verabredung erzielt haben, um die Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte in diesen sensiblen Bereichen signifikant zu erhöhen. Das ist ein echter Durchbruch auf dem Weg zu mehr Fachkräften, die wir dringend benötigen“, so Kinder- und Jugendminister Dr. Joachim Stamp.

## Merkwürdige aktuelle Stunde der Opposition: Für die Bildungspolitik wurde Rot-Grün doch abgewählt...

In der von der SPD-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde in der jüngsten Plenarwoche wurde deutlich, dass ein Lehrermangel an Grundschulen das Erbe rot-grüner Bildungspolitik ist.

Im Gegensatz zum bildungspolitischen Missmanagement der rot-grünen Regierungszeit hat die NRW-Koalition den nötigen Nachbesserungsbedarf erkannt und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Grundschullandschaft eingeleitet. So wurden in den Haushaltsjahren 2018 und

2019 sowie im Haushaltentwurf 2020 insgesamt mehr als 3000 zusätzliche Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Für die Zukunft investiert die NRW-Koalition seit 2017 in 700 neu geschaffene Studienplätze im Grundschullehramt – das ist ein Plus von 38%.

Als CDU-Fraktion haben wir bereits 2016 einen Antrag eingebracht, die damalige rot-grüne Regierung möge einen Masterplan Grundschule vorlegen, weil wir die Probleme deutlich gesehen haben und gegensteu-

ern wollten. Den hat Rot-Grün damals abgelehnt. Heute wirft die SPD dieser Landesregierung Untätigkeit vor. Das ist einfach nur schäbig, denn wir alle wissen, wie lange eine Lehrerausbildung dauert. Wir können die Fehler von Frau Kraft und Frau Löhrmann nicht von heute auf morgen beheben. Aber das Chaos, das Rot-Grün damals aus ideologischen Gründen im Schulbereich angezettelt hat, hatte wenigstens ein Gutes: Sie sind dafür abgewählt worden.





## LANDTAGSBESUCHE

## Besuch aus der Heimat:

## Seniorenbeirat der Stadt Voerde &amp; Friends zu Gast im Landtag

Der Seniorenbeirat der Stadt Voerde und Freunde des Seniorenbeirates waren auf meine Einladung hin zu Gast im Landtag. Der Besuch hier im Landtag spricht eindeutig für das Interesse der Senioren an der Landespolitik. Nachdem die Gruppe den

Landtag betreten hatte, begann das Informationsprogramm des Besucherdienstes. Anschließend erlebten meine Gäste auf der Besuchertribüne des Plenarsaals eine Sitzung des Parlaments: Sie waren live und in Farbe dabei. Nach diesen Eindrücken aus

dem Plenum trafen wir uns zu einer intensiven Diskussion um viele für Senioren in Voerde und Umgebung relevanten Themen, aber auch um landespolitische Fragestellungen. Die Zeit verging wie im Flug - danke für den lebhaften Austausch!



## QUIK UNTERWEGS



Vorstandsneuwahlen bei „meinem“ CDU-Ortsverband Brünen: Herzliche Glückwünsche an den alten und neuen Vorsitzenden Thomas Neu und das gesamte Team - ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit für Brünen und Marienthal!



Der schönste Termin des Jahres... Im Rahmen des alljährlichen bundesweiten Vorlesetages durfte ich für die Kinder der neu eingerichteten Kita-Gruppe der Caritas in Schermbeck das Buch „Der kleine Pirat und die kleine Prinzessin“ von Kirsten Boie vorlesen. Danke für's Zuhören!



Die CDU-Fraktion Wesel war auf Klausurtagung in Borken und ich durfte einen Bericht aus der Landespolitik beisteuern. So langsam richten sich alle Blicke in Richtung Kommunalwahl. Sebastian Hense, Jürgen Linz und Birgit Nuyken waren natürlich auch dabei.



An jenem Abend wurde das Geheimnis gelüftet: Bürgermeister Mike Rexforth tritt zur Kommunalwahl 2020 erneut für die CDU Schermbeck an. Präsentiert wurde der Kandidat von unserer Heimatministerin Ina Scharrenbach. Zu den Gratulanten zählten unter anderem Landratskandidat Ingo Brohl und Schermbecks Gemeindeverbandsvorsitzender Ulrich Stiemer.



## QUIK UNTERWEGS



Lieber Jens Spahn, ich bin froh, dass wir dich in der CDU haben. Danke für einen bereichernden, optimistischen, zukunftsorientierten und einfach begeisternden Besuch beim Martiniabend der CDU Voerde. Ingo Brohl und ich haben uns gefreut, Dich bei uns im Kreis Wesel zu Gast gehabt zu haben!



Einen sehr kurzweiligen Abend erlebte ich beim Regimentsappell 2019 der Prinzen Garde der Stadt Wesel im Saal Schepers. Mit dabei waren auch Sebastian Hense, Wolfgang Lingk, Birgit Nuyken und Jürgen Linz. Danke für einen schönen Abend und auf eine tolle Session!



Der diesjährige Förderpreis des Lions Club Wesel wurde an den SKF Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. in Wesel verliehen – herzliche Glückwünsche und ein großes Dankeschön für die vielen Verdienste insbesondere um das Mehrgenerationenhaus Wesel. Birgit Nuyken, Bernd Reuther, Dirk Giesen und ich haben gerne persönlich gratuliert.



„Liebe durchbricht alle Mauern“ – so hieß die wunderbare Veranstaltung, die Brigitte Brzeski und Sylvia Pasieka für den Verband „Wir pflegen NRW e.V. – Stimme der pflegenden Angehörigen“ in Wesel organisiert haben. Unsere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Sabine Weiss, und ich haben uns sehr gefreut, dass wir die Behinderten- und Patientenbeauftragte unserer Landesregierung, Claudia Middendorf, dazu in Wesel begrüßen konnten.

## QUIK UNTERWEGS



Ob Weckmann oder Stutenkerl, passend zu Sankt Martin hat die CDU Stadt Hamminkeln in Hamminkeln, Brünen und Mehrhoog die süßen Leckereien verteilt. Hier drei Impressionen von den Ständen.



## QUIK UNTERWEGS



Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher war zu Gast in Hamminkeln und hatte im Gepäck den Zuwendungsbescheid für das Projekt „Kleinere Städte und Gemeinden – Hamminkeln 2030+“. Das Geld wird ausgegeben für Planungen rund um den Molkereiplatz in Hamminkeln und den Kirchplatz in Dingden.



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL  
 Platz des Landtags 1  
 40221 Düsseldorf

### Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4328

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835  
 CDU-Kreisgeschäftsstelle  
 Van-Gent-Straße 3  
 46483 Wesel  
 Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr  
[elmar.venohr@landtag.nrw.de](mailto:elmar.venohr@landtag.nrw.de)